Nummer 421

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Mittwoch, 10. September 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Weit Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung — Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger, Handel und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhard Reutner, Anzeigenteil: i. V.: A. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monat. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.). Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts — Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Besinnung im Wahlkampf!

Der Wahlkampf ist mit voller Heftigkeit entbrannt. Die großen Versammlungsräume sind allabendlich von den Parteien besetzt, die besten Redner treten an, die „Kanonen" werden aufgefahren, die Störungstrupps der radikalen Parteien werden angesetzt, durch die Straßen wälzen sich Massen von Demonstranten, werbende Fahnen flattern, aufreizende Plakate leuchten, haßerfüllte Rufe füllen die Luft, die Fäuste ballen sich, die Erregung wächst von Tag zu Tag und — die bedauernswerten Polizeibeamten haben am meisten zu tun. Die aus der Not der Zeit geborene allgemeine Nervosität bringt es mit sich, daß der Kampf, der dieser Reichstagswahl vorangeht, mit besonderer Erbitterung geladen ist. In diesem Streiten aller mit allen, in diesem subjektiv berechtigten Trachten jeder Partei, so stark wie möglich in den neuen Reichstag zu ziehen, möchten wir aber doch gerade in diesem Augenblick, im Höhepunkt des Ringens, an diejenigen Parteien, die durch das deutsche Schicksal berufen sein müssen, die deutsche Reichsregierung in der kommenden schweren Zeit zu stützen, die Mahnung richten, die Tatsache im Auge zu behalten, daß wenige Tage nach dem 14. September der Augenblick kommen muß, in dem sie sich zusammenzufinden haben, um die Neuordnung in die Hand zu nehmen und um Deutschland aus dem Abgrund zu retten, in den es unter dem ausschlaggebenden Einfluß der Sozialdemokraten, aber auch durch die Uneinigkeit und Schlafrigkeit des deutschen Bürgertums gestoßen ist. Dieses Ziel sollte man auch im Augenblick des lauteten Wahlgeräuschs nicht aus dem Auge verlieren. Die Vordringlichkeit dieses Zieles wird uns ja durch den Inhalt und die Tendenz der sozialdemokratischen Wahlagitation sehr eindringlich vor Augen geführt. Bis vor einigen Tagen war der sozialdemokratische Wahlkampf ganz auf allerschärfste Bekämpfung der bürgerlichen Mittelparteien eingestellt. Die Agitation der S. P. D. kannte keine Grenzen. Durchaus typisch war der gegen das Zentrum gerichtete und millionenfach verbreitete Wahlzettel: „. . . Doch mit den Armsten der Armen hat Brüning kein Erbarmen." In diesem Sinne, der der Gipfel der Demagogie ist, überschlugen sich Reden, Karikaturen und Spottgedichte. Seit einigen Tagen ist es anders geworden. Der Ton der sozialdemokratischen Propaganda ist, wenigstens bei den Führern, stärker auf Moll gestimmt. Denn diese Führer stellen jetzt in den Vordergrund die Frage: Wird es uns möglich sein, nach den Wahlen wieder in die Regierung zu kommen, und wie schaffen wir die Möglichkeiten dafür? Die sozialdemokratischen Führer wissen, daß ihre Partei, wenn sie lange in der Opposition bleibt, an innerer Kraft und eigener Farbe verlieren muß, daß sie die Initiative des Handelns und die Selbständigkeit der Opposition an die Kommunisten abgeben muß, weil diese in der Opposition stets den rauheren, also in den Massen beliebteren Ton anzuschlagen vermögen. Die Sozialdemokratie ist auf ständige Luftveränderung angewiesen, wenn ihr fettgewordener Körper seinen Umfang behalten soll. Regierung und Opposition müssen miteinander abwechseln. Braun, Severing und Genossen sind der Meinung, daß das verflossene Oppositionshalbjahr hinreichend gewesen ist, um schwankende Massen auf dem linken Flügel der Partei bei der Stange zu halten, sie sind dafür, daß die Partei jetzt wieder die Zügel der Reichsregierung in die Hand nehmen muß, um gerade jetzt, in einer Zeit, die Entscheidungen von weitragender Bedeutung für die Zukunft des Reiches bringen muß, sozialdemokratisch regieren, den sozialdemokratischen Einfluß zur Auswirkung kommen lassen zu können und die letzten ausschlaggebenden Maßnahmen zur Durchführung des Staatssozialismus zu bewerkstelligen. Deshalb lassen die sozialdemokratischen Führer plötzlich mildere Töne vernehmen: sie lassen im richtigen Augenblick das höhere Ziel, das hinter dem 14. September liegt, im Blickfeld der politischen Auseinandersetzung erscheinen, und nehmen die taktische Kursänderung vor, um später dieses Ziel um so sicherer erreichen zu können. Sie sagen sich: Seit Wochen haben wir den Wahlkampf mit einer Skrupellosigkeit betrieben, die zahlenmäßig am Sonntag ohne Zweifel reiche Früchte tragen wird; wir können es uns leisten, in der letzten Woche des Wahlkampfes eine Taktik anzuwenden, die hoffentlich auf die bürgerlichen Mittelparteien, die wir zur Regierung brauchen, nicht ohne den bezweckten, besänftigenden Eindruck bleibt. Es fragt sich nun, ob die Sozialdemokraten mit ihrer Spekulation auf die Inkonsequenz, Nachgiebigkeit und Vergeßlichkeit bürgerlicher Mittelparteien recht behalten und mit dem Liebeswerben des Braunschen Kreises Erfolg haben.

Die durch die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen erzwungene Auflösung des Reichstages hatte eine Art Schicksalsgemeinschaft der Kreise zwischen Schiele und Dietrich geschaffen. Diese Gemeinschaft hat sich in der Zwischenzeit im großen und ganzen bewährt, soweit die Abwehr des ununterbrochenen sozialdemokratischen Ansturms in Betracht kommt. Seit aber die sozialdemokratischen Werbungen einsetzten, zeigt es sich, daß in der Staatspartei die Elemente des linken Flügels der alten Demokraten alles daransetzen, um die Staatspartei und das Zentrum auf die Einbeziehung der Sozialdemokraten in die nächste Regierung festzulegen. Der Kampf der heute „staatsparteilichen", nach wie vor aber linksdemokratischen Presse richtete sich schon vor Wochen heftig gegen die Bemühungen des volksparteilichen Führers Dr. Scholz, eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ohne die Sozialdemokraten zustande zu bringen; der Kampf galt mit besonderer Stärke den Volkskonservativen: man ließ in diesen demokratischen Kreisen keine Gelegenheit zu dem Versuch vorübergehen, die Richtung Schiele-Westarp-Treviranus neben Hugenberg zu kompromittieren. Denn, so sagt man sich bei den Linksdemokraten, je radikaler die Rechtsopposition ist, um so sicherer sitzt die Große Koalition oder gar die Weimarer Koalition im Sattel, und es könnte für diese Demokraten nichts Erfreulicheres passieren als die Neubildung einer großen, möglichst bis Scholz reichenden Rechtsopposition, ohne die die bürgerliche Linke, zusammen mit den Sozialdemokraten, dann im Reich unbeschränkt regieren könnte. So ist der Kampf der Linksdemokraten gegen Schiele und Treviranus zu erklären. Es ist abzuwarten, ob die Führung der Staatspartei sich von diesen Elementen beeinflussen läßt. Die Entscheidung darüber wird im wesentlichen bei den anderen bürgerlichen Parteien liegen. Sind diese nach dem 14. September sich des Ernstes der Lage, in der sich Deutschland befindet, der Gefahr, die dem Reich bei Wiederkehr einer vorwiegend marxistischen Regierung droht und der Größe ihrer Verantwortung bewußt, so wird es möglich sein, zu verhindern, daß das Komplott der Freunde der Linkskoalition zur Ausführung gelangt. Dieser Verantwortung werden sich auch die Deutschnationalen bewußt sein müssen, denn wir geben die Hoffnung nicht auf, die Deutschnationalen auf dem rechten Flügel einer bürgerlichen Regierung zu sehen. Abwehr des Marxismus ist neuerdings auch die Wahlparole Hugenbergs. Diese Parole verbindet ihn mit den anderen entschlossen bürgerlichen Parteien. Die Erkenntnis, daß eine Linksregierung in diesem Winter dem deutschen Volk einen Schaden zufügen würde, der nie wieder gutzumachen ist, wird die Deutschnationalen überzeugen müssen, daß es eine Sünde wider den Geist der deutschen Nation wäre, an dem Prinzip der starren Opposition festzuhalten und dadurch einer Linksregierung in den Sattel zu helfen. Alle bürgerlichen Parteien und Kreise müssen sich schon heute vor Augen halten, was die Sozialdemokratie in ihrem Wesen ist, was sie will und was sie in Regierung und Opposition bisher geleistet hat. Wir meinen, die Erfahrungen, die man in Preußen mit der Regierung Braun gemacht hat, sollten vor einer Wiederholung und Stabilisierung dieses Experimentes im Reich schrecken. Die Sozialdemokratie bekämpft die Wehrmacht und den Wehrgedanken, ihre Sozialpolitik ist rein klassenkämpferisch; ihre Wirtschaftspolitik ist auf den Staatssozialismus eingestellt, der die Vorstufe des Bolschewismus ist. In ihren Wahlversammlungen werden die schwarz-rot-goldenen Fahnen in die Ecke gestellt, während die roten Fahnen triumphieren. In diesem Zeichen, im Zeichen des Umsturzes der bestehenden Ordnung, wollen sie siegen — nicht nur am 14. September, sondern gerade in den Verhandlungen, die um die Bildung der nächsten Regierung dem Wahltag folgen werden. Wer die Größe dieser Gefahr erkannt hat, wird mit uns der Meinung sein, daß es die Pflicht aller bürgerlichen Parteien ist, sich schon jetzt auf die Bildung einer großen bürgerlichen, nichtmarxistischen Front einzustellen, und daß es die Pflicht jedes nichtsozialistischen Wählers — sofern er kein Spießer, Schläfer oder Verrannter ist — sein muß, durch den Gang zur Wahlurne am 14. September, durch Stimmabgabe für eine entschlossen antimarxistische Partei an der Festigung und Verbreiterung dieser Front mitzuarbeiten.

Dr. Jügler.

Ostoberschlesien und Saargebiet vor dem Völkerbundsrat

Erledigung deutscher Minderheiten-Beschwerden. — Briand versucht die Bahnschutz-Truppe zu halten.

Genf, 9. September.

Der Schutz der deutschen Minderheiten in Oberschlesien

stand mit vier Einzelfragen, über die der japanische Vertreter berichtete, auf der heutigen Tagesordnung der Ratssitzung. Die Petition des Deutschen Volksbundes wegen der Nichterneuerung der Dienstverträge von 32 Aerzten durch die Leitung der Polnischen Knappschaftskasse in Tarnowitz wurde mit der Feststellung für erledigt erklärt, daß die polnische Regierung das Gutachten des Vorsitzenden der Gemischten Kommission für Oberschlesien angenommen hat. Reichsaußenminister Dr. Curtius bemerkte hierzu, daß trotz der damit erfolgten formellen Erledigung der Angelegenheit vom menschlichen Standpunkt aus in Betracht zu ziehen sei, daß das Schicksal der betroffenen Aerzte bis zur praktischen Durchführung des Gutachtens ungewiß bleibe, und sprach die Hoffnung aus, daß diese Durchführung nicht mehr lange auf sich warten lassen werde.

Als letzter Punkt der oberschlesischen Minderheitenbeschwerden wurde eine weitere Schulfrage behandelt, nämlich die Frage der

Formalitäten bei der Einschreibung für die Minderheitenschulen.

Der Berichterstatter legte dar, daß nach der Genfer Konvention das Verlangen um Einschreibung für die Minderheitenschulen von dem Erziehungsberechtigten nicht persönlich vorzubringen sei. Bei schriftlichen Anmeldungen soll jedoch die polnische Behörde die Echtheit der Unterschrift der Erziehungsberechtigten nachprüfen dürfen. Was die Schulanmeldungskommission betrifft, deren Daseinsberechtigung in der Beschwerde des Deutschen Volksbundes bestritten worden war, so erklärt der Berichterstatter, daß das Bestehen dieser Kommissionen mit der Genfer Konvention nicht in Widerspruch stehe, jedoch hätten sich die Kommissionen jeden Druckes auf die Erziehungsberechtigten zu enthalten und sie dürften insbesondere keine Nachprüfungen darüber vornehmen, ob die Erklärungen der Erziehungsberechtigten über die Muttersprache des Kindes den Tatsachen entsprechen. Es sei aber nichts dagegen einzuwenden, wenn sie bei schriftlichen Anmeldungen die Unterschriften nachprüften.

Dieser Bericht, in dem zum Schluß festgestellt wird, daß durch das Entgegenkommen der polnischen Regierung eine Einigung erzielt worden sei, wurde ohne Aussprache angenommen. Damit war auch diese Frage, die, wie die anderen heute erörterten Minderheitensachen, den Rat bereits in seiner vorigen Sitzung beschäftigt hat, erledigt.

In der Aussprache über den

Bahnschutz im Saargebiet

(über die wir schon kurz im gestrigen Abendblatt berichteten, die Red.) erstattete der italienische Außenminister Grandi einen umfangreichen Bericht, der die Geschichte des sogenannten Bahnschutzes in allen Einzelheiten bis in die jüngsten Tage schilderte. Außenminister Briand erklärte sich mit dem Bericht einverstanden. Er sei allerdings der Meinung, daß der Rat noch nicht in der Lage sei, bereits heute abschließend zu der Frage Stellung zu nehmen, und schlage deshalb die Einsetzung eines Ausschusses vor, der dem Rate einen Vorschlag unterbreiten soll.

Dr. Curtius

betonte, für das Weiterbestehen des Bahnschutzes im Saargebiet sei kein Grund mehr vorhanden, nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages habe die Regierungskommission des Saargebietes für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch Gendarmerie zu sorgen. Sollten die hierfür zur Verfügung stehenden Kräfte nicht ausreichen, so habe die Regierungskommission stets die Möglichkeit, darüber hinaus im Lande selbst sich eine weitere Sicherheitsorganisation zu schaffen. Die deutsche Regierung habe von Anfang an und stets gegen die Errichtung des sogenannten Bahnschutzes Protest eingelegt. Der Bahnschutz sei seinerzeit ausschließlich zur Sicherung der rückwärtigen Verbindungen der Besatzungsarmee gebildet worden. Die Mitteilung der Regierungskommission an den Völkerbundsrat verliehe er so, daß diese alles getan habe, was in ihren Kompetenzen liegt.

Es sei jetzt Sache des Völkerbundsrates, die restlose Zurückziehung des Bahnschutzes im Saargebiet zu beschließen.

Dem Wunsche des französischen Ratsmitgliedes auf nochmalige Prüfung der Frage durch die in Vorschlag gebrachte Kommission wolle er, unter Aufrechterhaltung seines grundsätzlichen Standpunktes, sich nicht verschließen, er gebe allerdings der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß das vorgeschlagene Verfahren nicht zu einer Verschleppung der Angelegenheit führen und daß schon in einer der nächsten Sitzungen des Rates die endgültige Entscheidung über die Zurückziehung des Bahnschutzes erfolgen werde.

In einer kurzen Erwiderung betonte

Briand,

er sei mit dem deutschen Ratsmitglied der Meinung, daß die Angelegenheit beschleunigt behandelt werden solle. Er gebe zu, daß durch die Räumung des Rheinlandes auch für den Bahnschutz ein neues Faktum geschaffen worden sei. Dieser Tatsache sei durch die Verminderung der Bahnschutzkräfte am 31. August d. J. Rechnung getragen worden. (!) Der Bahnschutz habe aber auch noch die Aufgabe, für die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs zu sorgen. Briand erklärte nachdrücklich, daß Frankreich kein Interesse habe, unter irgend einem Vorwand noch Soldaten im Saargebiet zu behalten. (??)

Daraufhin ergriff Dr. Curtius nochmals kurz das Wort. Er erwarte, daß die Frage in kürzester Frist endgültig geklärt werde. Weiter stellte Dr. Curtius fest, daß die von Briand vorgetragene Auffassung über den Charakter des Bahnschutzes mit der Ansicht der deutschen Regierung nicht übereinstimme. Er verzichte im Augenblick darauf, dem französischen Ratsmitglied hierauf ausführlich zu erwidern, behalte sich aber vor, auf diese Frage später zurückzukommen.

Im Anschluß daran wurde, wie gemeldet, der Antrag Grandi angenommen, die Frage auf eine der nächsten Sitzungen des Rates zu vertagen. Die erste Aussprache des erwähnten Komitees wird am Mittwoch vormittag stattfinden. Voraussichtlich wird der Rat schon am Donnerstag nachmittag nochmals zu der Frage Stellung nehmen.

Henderson über europäische Probleme.

Genf, 9. September.

Der britische Außenminister Henderson empfing heute nachmittag die Vertreter der Weltpresse, um ihnen über die Haltung seiner Regierung zu einigen im Vordergrund der Erörterung stehenden internationalen Fragen Mitteilungen zu machen. Hinsichtlich des Verlaufs der europäischen Konferenz erklärte Henderson, die britische Regierung habe der Initiative Briands Sympathie entgegengebracht, aber sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage ihrer Natur nach vor die Völkerbundsversammlung gehöre. Der Gegensatz zwischen der britischen und der französischen Auffassung habe sich also mehr auf das Verfahren als auf die Sache selbst bezogen. Henderson erwähnte zur Begründung der englischen Haltung auch die besondere Lage, in der sich das über die ganze Erde zerstreute britische Reich befinde.

Daß jetzt eingeschlagene Verfahren verbürge eine eingehende Prüfung des Problems nach den verschiedenen in Betracht gezogenen Seiten hin, insbesondere auch der Frage, ob und inwieweit durch seine Verwirklichung erneute Verpflichtungen entstehen.

Zur Abrüstungsfrage

übergehend erklärte Henderson, daß er bei seinen jüngsten Besprechungen mit Briand und Grandi zum Ausdruck gebracht habe, daß die englische Regierung an dem Gelingen der eingeleiteten französisch-italienischen Besprechungen über die Marineabrüstung großes Interesse habe und daß sie ihre guten Dienste gern zur Verfügung stelle. Er sprach die Hoffnung aus, daß noch vor Schluß der Völkerbundsversammlung eine Zusammenkunft aller Teilnehmer des Londoner Flottenpaktes möglich sein werde, auf der Klarheit über den jetzigen Zustand der Marineabrüstungsfrage ge-